



Von Bagdad nach Washington: Bush (li.) ernannt John Negroponte zum Geheimdienstdirektor

Foto: AP

Ein Mann für 15 US-Geheimdienste

Negroponte soll den alten Agenten-Rivalitäten ein Ende setzen

Washington – Mit einer Personalentscheidung hat US-Präsident George W. Bush für eine Überraschung gesorgt: John Negroponte, bisher Botschafter in Bagdad, wird erster nationaler Geheimdienstdirektor.

Von unserer Korrespondentin
KARIN REBER AMANN, Washington

Vor zwei Monaten hatte der Kongress die Reform der Geheimdienste – die größte seit dem Zweiten Weltkrieg – verabschiedet, und danach wurde darüber spekuliert, wer den neu geschaffenen Posten besetzt. Bei all den Namen, die genannt wurden, tauchte John Negroponte nie auf.

Doch die ersten Reaktionen waren ausgesprochen positiv. Kein Wunder, denn der 65-Jährige, Sohn eines griechischen Reeders und Yale-Absolvent, ist ein allseits respektierter, erfahrener Diplomat. Vor seiner Zeit in Bagdad war er Uno-Botschafter in New York. Seine Arbeit im Irak, wo er versuchte, der US-Präsenz den Stempel der Besetzungsmacht zu nehmen und die Beraterrolle zu stärken, wurde in Washington geschätzt. Bush hob hervor, Negroponte verstehe dank seiner langen Karriere im diplo-

matischen Dienst die globalen Anforderungen an die Geheimdienste. „John wird sicherstellen, dass diejenigen, die Amerika verteidigen müssen, die Informationen haben, um die richtigen Entscheidungen zu fällen“, sagte Bush.

Negroponte, der noch vom Senat bestätigt werden muss, versprach, die Geheimdienste so zu strukturieren, dass sie den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts gerecht würden. Er beschrieb seinen neuen Job als seine bisher größte Herausforderung. Sein Stellvertreter wird General Mike Hayden, der seit 1999 der National Security Agency vorsteht, die sich vor allem mit der Entschlüsselung von Codes beschäftigt.

Die Schaffung eines nationalen Geheimdienstdirektors war die wichtigste Empfehlung der Kommission gewesen, die im vergangenen Jahr die Attentate vom 11. September 2001 untersucht hatte. Negroponte wird künftig die Arbeit der 15 miteinander konkurrierenden Geheimdienste koordinieren. Die Moral der Dienste ist in den letzten Jahren auf den Nullpunkt gesunken, und auch durch Rivalitätsdenken wurde die Terrorismusbekämpfung massiv behindert.

Bush versicherte, Negroponte werde über das jährliche Budget von 40 Milliarden Dollar bestimmen – das heißt, er wird das Geld

auf die einzelnen Geheimdienste mit ihren 200 000 Mitarbeitern verteilen.

Trotz der präsidenten Zusage setzen Beobachter und viele Regierungsmitarbeiter hier ein großes Fragezeichen. Sie weisen darauf hin, dass im Gesetz bewusst nicht klar formuliert worden sei, wer die Verantwortung für das Budget hat. Bisher kontrollierte das Pentagon 80 Prozent des Geldes, und niemand rechnete damit, dass Verteidigungsminister Donald Rumsfeld dieses Machtinstrument ohne Wimpernzucken aufgeben wird. Experten hoben übereinstimmend hervor, Erfolg oder Misserfolg von Negroponte

Der 65-Jährige muss sich erst noch durchsetzen

werde zu einem großen Teil davon abhängen, ob er gegen den gewiesenen und machtbesessenen Politikfuchs Rumsfeld besteht.

Stansfield Turner, CIA-Direktor unter Präsident Carter, betonte gegenüber dem Fernsehsender CNN, entscheidend sei, dass sich Präsident Bush voll und ganz hinter Negroponte stelle. Bush freilich hört auf Rumsfeld und auch auf den erst im vergangenen Jahr berufenen CIA-Chef Porter Goss. Keine Frage, Negroponte hat ein schweres Amt übernommen.

INTERVIEW

Hans von Storch

Der Hamburger Wissenschaftler ist sicher: Das jetzt in Kraft getretene Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz hat bestenfalls psychologische Bedeutung. Die Erderwärmung werde dadurch nicht aufgehalten.



Foto: AP

„Kyoto-Protokoll ist wirkungslos“

Herr von Storch, brauchen wir das Vertragswerk von Kyoto überhaupt?

Ich glaube schon. Der von Menschen verursachte Klimawandel ist ein reales Problem. Kyoto ist ein Weg, um die Diskussion über die Folgen ernsthaft zu führen. Wir dürfen uns jedoch nicht einbilden, dass das Protokoll irgendetwas lösen kann. Der Sache nach ist Kyoto belanglos, weil ohne Wirkung. Die wirkliche Bedeutung der Vereinbarung liegt in der Psychologie. Mit diesem Abkommen erkennt die Staatengemeinschaft an, dass es ein Problem gibt, das wir bewältigen müssen.

Nach Maßgabe des Kyoto-Protokolls wird die Temperaturerhöhung bis zum Jahr 2050 um höchstens 0,1 Grad reduziert. Das ist doch nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein?

Ja, das sagen alle Experten. Das Kyoto-Protokoll bringt zwar einen verminderten Zuwachs an Treibhausgasen, aber keinen realen Rückgang.

Setzen wir falsche Prioritäten? Werden die Risiken des globalen Klimawandels übertrieben?

Mein Hauptproblem mit dem Kyoto-Protokoll ist die Aussage, wonach der Klimawandel die größte Gefahr für die Menschen überhaupt darstellt – eine Meinung, die in Europa vorherrscht. Ich schließe nicht aus, dass dies tatsächlich der Fall ist. Dies beruht aber nicht auf einer rationalen Debatte und einer objektiven Abschätzung aller Gefahren, denen wir gegenüberstehen.

Sondern?

Das Klimathema wurde in der Vergangenheit einfach geschickt vermarktet. Zudem ist die befürchtete globale Erwärmung ein kulturell besonders gut akzeptiertes Thema in Westeuropa. Wichtig wäre, dass wir eine breite öffentliche Debatte führen, die sich allen wichtigen Themen der Menschheit annimmt. Ist der Klimawandel wirklich schlimmer als die Tatsache, dass tausende Kinder täglich verhungern? Ist er wichtiger als die erschütternde Armut in der Dritten Welt? Ist er wichtiger als die Ängste Einzelner, in die Arbeitslosigkeit abzurutschen? Wenn nach einer solchen Debatte das Klimaproblem ganz oben auf

der Agenda steht, mag ich das akzeptieren, aber nur dann.

Konzentrieren sich Politik, Wissenschaft und Medien zu sehr auf das Thema Klimawandel?

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist ein beschränktes öffentliches Gut, um das heftig gerungen wird. Die Menschen können sich nur auf einige Themen gleichzeitig konzentrieren, sei es auf Fußball, auf das britische Königshaus oder eben auf den Klimawandel. Die Konzentration auf wenig bezahlten wir sozusagen mit der Nichtbeachtung anderer Themen.

Können Sie Beispiele nennen?

Nach der Tsunami-Katastrophe am Anfang des Jahres tendierte das Interesse für die Situation im afrikanischen Darfur, wo zehntausende Menschen leiden oder sterben, gegen null. Das ist für mich auch ein erhebliches moralisches Problem. Wir lassen eine ganze Menge Menschen im Regen stehen, denen es wirklich dreckig geht.

Machen sich die Forscher dabei mit-schuldig?

Zweifellos. Ich beobachte eine gewisse Neigung, etwas doller auf die Pauke zu hauen, wenn es darum geht, Forschungsmittel zu beantragen. Im Bemühen um Geld ist es gängige Praxis, dass deutlich übertrieben wird. Darunter leidet dann die Glaubwürdigkeit. Dieses Phänomen betrifft freilich nicht nur die Klimaforscher.

Welche Richtung sollte die Auseinandersetzung um den Klimawandel nehmen?

Als Erstes sollten wir den Menschen alles berichten. Sachverhalte dürfen allerdings nicht überspitzt dargestellt werden. Es ist falsch, davon auszugehen, dass die Menschen zu doof sind, um Probleme zu verstehen, wenn nicht übertrieben wird. Und es ist auch undemokratisch, Ängste zu schüren, um damit das vermeintlich Richtige auf den Weg zu bringen. Meine Meinung ist: Lasst uns den Menschen die ganze Geschichte erzählen und lasst sie dann selbst entscheiden, wie sie die Prioritäten setzen.

Fragen von Reimund Abel



Berliner Szene

Die Berlinale versteht sich als ein dezidiert politisches Festival. Klar von der Kunst trennen muss man aber Politiker, die gern im Glanz von Scheinwerfern sowie von Hollywood- und anderen Stars stehen. Zum Beispiel NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD). Ihm wurde sichtlich warm ums Herz, als die Schauspielerin Veronica Ferres zur Begrüßung beim Empfang der NRW-Filmstiftung neben ihm stand, in die Menge strahlte und laut vernehmlich ins Mikrofon von Bottrop schwärmte. Sie sei noch immer begeistert von den „wunderbaren Bedingungen“ bei den erst kürzlich abgeschlossenen Dreharbeiten des Streifen „Klimt“. Bottrop? Das nahmen der Ferres die meisten Gäste nicht so recht ab. Vermutlich war sie stärker beeindruckt von John Malkovich, mit dem sie zusammen vor der Kamera stand.

Einen Festival-Trittbrettfahrer kann man Joschka Fischer nicht nennen. Der Außenminister war auf keiner Berlinale-Party zu sehen. Dafür eröffnete er im Rahmen des Festivals ganz seriös eine Filmreihe im Historischen Museum. Das war lange geplant. Nicht geplant war, dass man beim Titel der Reihe auf schräge Gedanken kommen musste: „Selling Democracy“. Nein, da ging es nicht um die filmische Umsetzung des Visa-Verkaufs an Ukrainer. Vielmehr wurden historische Filme aus der Nachkriegszeit gezeigt. Die Rede von Fischer soll übrigens recht langweilig gewesen sein.

Es ist tröstlich, dass so mancher Politiker selbst in Wahlkampfzeiten noch Sinn für Humor hat. Jüngst berichtete Schleswig-Holsteins Finanzminister Ralf Stegner (SPD) von einer skurrilen Eigenart des FDP-Spitzenkandidaten. Wolfgang Kubicki, der sich gern mit der Berliner FDP-Zentrale anlegt, muss sich wieder einmal über eine Direktive aus der Hauptstadt geärgert haben. Darauf deutet hin, dass er laut trällernd über die Flure des Landtags ging. Auf den Lippen das stramme SED-Parteilied: „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht.“ mgr

Luxusgemächer auf Kosten des Steuerzahlers

Französischer Minister zeigt sich reumütig – und zieht wieder aus

Paris hat einen neuen Skandal: Finanz- und Wirtschaftsminister Hervé Gaymard hat auf Kosten des Steuerzahlers im Luxus gelebt. Er bewohnte wochenlang Gemächer mit insgesamt 600 Quadratmetern, für die der Staat eine Miete von 14 000 Euro hinzu blättern hatte.

Mit der im noblen achten Stadtbezirk nahe den Champs-Élysées gelegenen Ministerwohnung beschäftigte sich sogar das Parlament. Abgeordnete äußerten ihren Unmut, weil der Minister in der Dienstwohnung in seinem Amtssitz eigentlich ausreichend Raum für seine Gattin Clara und seine acht Kinder zwischen sechs und 17 Jahren zur Verfügung hat. Aber Gaymard war die Wohnung mit immerhin 350 Qua-

dratmetern zu klein. Anfang Januar, zwei Monate nach seiner Ernennung, fand er dann seine Traumherberge. Doch den Blick über die Dächer von Paris durfte der Minister nur wenige Wochen genießen. Das Klatschblatt „Le Canard Enchaîné“ legte die Wohnverhältnisse des Ministers offen.

Der ertappte Politiker Gaymard gab sich reumütig: „Ich hätte mich um die Anmietung kümmern sollen“, räumte er ein. „Aber ich arbeite ja Tag und Nacht!“ Den Hinweis, dass die Miete die Höhe seiner monatlichen Bezüge ausmacht, beantwortete er nicht. Diskrete Telefonate aus den Amtsstuben des Elyséespalasts und des Premierministers zwangen ihn, den Mietvertrag binnen 24 Stunden zu kündigen. Ob die fünf Be-

diensteten – Empfangschef, zwei Kinderfrauen, Koch und Putzfrau – weiter für ihn tätig sein werden, ist nicht bekannt. Umgehend gab Regierungschef Jean-Pierre Raffarin ein Rundschreiben mit strikten Maßgaben heraus: Ein Minister hat ein Recht auf maximal 80 Quadratmeter Wohnfläche, pro Kind gibt es 20 Quadratmeter zusätzlich.

In Frankreich haben Begünstigungen für Politiker bei der Unterbringung eine lange Tradition. So musste der frühere Ministerpräsident Alain Juppé in den 90er Jahren für eine 189-Quadratmeter-Wohnung nur eine lächerliche Miete bezahlen. Seinen Sohn brachte er ebenfalls günstig unter. Erst als ihm die Medien auf die Schliche kamen, zog Juppé aus. Lutz Hermann, Paris

Kluncker schrieb Tarifgeschichte

Früherer ÖTV-Chef wird 80 – Streik von 1974 erschütterte Brandt-Regierung

Stuttgart – Ein Mann wie Heinz Kluncker hat unerschütterliche Prinzipien. Kein Wort kommt ihm seit seinem Rücktritt als ÖTV-Chef im Jahr 1982 über die Lage der Gewerkschaften über die Lippen. Er wolle keine „Gouvernante“ sein, die sich besserwisserisch einmische, hat er einmal gesagt.

VON MARKUS BRAUER

Seine Prinzipientreue und Standfestigkeit bewies Kluncker, der am Sonntag 80 Jahre alt wird, auch im Februar 1974: Drei Tage lang streikten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für elf Prozent mehr Lohn. Mit seinen damals 270 Pfund und 1,86 Meter Körpergröße stand Kluncker wie ein Fels in der Brandung und hielt wortgewaltig die Streiktruppen zusammen.

Bei diesem Streik wusste Kluncker, dass der damalige SPD-Kanzler Willy Brandt und seine sozialliberale Regierung sich auf eine Lohnleitlinie von unter zehn Prozent festgelegt hatten. Doch der „Dicke“, wie er in der ÖTV respektvoll genannt wurde, setzte elf Prozent durch. Der unpopuläre Arbeitskämpf soll nicht unwesentlich zum Rücktritt Brandts beigetragen haben. SPD-Mitglied Kluncker hat der Vorwurf getroffen, aber selbst hat er sich nie dazu geäußert.



Tarifpoker: Arnulf Klett (li.), Heinz Kluncker

StN

Als einst mächtigster Gewerkschaftsführer in Deutschland setzte Kluncker tarifpolitische Maßstäbe und kämpfte kompromisslos für die Interessen der Arbeitnehmer. Die 40-Stunden-Woche konnte er ebenso als Erfolg verbuchen wie das 13. Monatsgehalt im öffentlichen Dienst. Doch der 16-Stunden-Stresstag als Chef der zweitgrößten deutschen Gewerkschaft nagte an seiner Gesund-

heit. Am 2. Juni 1982 kam überraschend nach 18 Jahren an der ÖTV-Spitze der Rücktritt.

Ganz zog sich der gelernte Industriekaufmann danach aber nicht ins Privatleben zurück. Der 1925 in Wuppertal geborene Handwerkersohn engagierte sich als ehrenamtlicher Präsident der Internationalen der öffentlichen Dienste gegen die Einschränkung von Gewerkschaftsrechten. Kluncker war ein Pionier der Kontakte der Gewerkschaften in Richtung Osteuropa. So unterstützte der Jazz-Liebhaber seit 1992 den Aufbau von Arbeitnehmervertretungen im früheren Jugoslawien.

Heute lebt Heinz Kluncker zurückgezogen in Stuttgart. Es geht ihm gesundheitlich nicht sehr gut. Aber geistig ist er hellwach. Es interessiert ihn immer noch, was im Gewerkschaftslager passiert – auch was gerade in Potsdam als Tarifreform zwischen dem Bund und der ÖTV-Nachfolgerorganisation Verdi abgeschlossen wurde.

Worte der Woche

„Wenn ich Mist gebaut habe, dann stehe ich dafür gerade.“

Joschka Fischer, grüner Bundesaußenminister, zur Visa-Affäre und dem dazu eingesetzten Untersuchungsausschuss

★

„Ein verkappter Sozialdemokrat, der sich zu den Grünen verirrt hat; einer der wenigen, die ich dort duze.“

Franz Müntefering, SPD-Parteivorsitzender, über Fischer

★

„Herr Fischer ist mir eher sympathisch als unsympathisch. Aber am Sachverhalt kommt er nicht vorbei.“

Thomas Schäuble, früherer baden-württembergischer CDU-Innenminister, über Fischer und den Streit um Missstände bei der Erteilung von Visa

★

„Dies ist Zeichen einer offenbar bei Ärztfunktionären verbreiteten Mentalität, die für sich ein scheinbar gottgegebenes Recht auf einen Zweitporsche reklamieren.“

Klaus Kirschner, SPD, Vorsitzender des Bundestags-Gesundheitsausschusses, zur Höhe der Gehälter bei den Vorständen der neu gebildeten Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg

★

„Dass Peter Harry Carstensen das Beste ist, was die CDU derzeit aufbieten kann, spricht nicht gegen Carstensen, sondern gegen die Union.“

Wolfgang Kubicki, FDP-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein, über den CDU-Spitzenkandidaten Carstensen

★

„Wir wissen natürlich, dass wir die Welt allein nicht retten können. Die USA können sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.“

Karl-Heinz Florenz, CDU, Vorsitzender des Umweltausschusses im Europa-Parlament, zum Einsatz der Europäischen Union für das Klimaschutzprotokoll von Kyoto

★

„Wir sind Kinder nicht mehr gewöhnt. Dazu gehört, dass sie heute mit einer mannshohen Dogge wahrscheinlich eher eine Wohnung kriegen, als mit zwei Kindern.“

Renate Schmidt, SPD, Familienministerin